

# Paibacher Zeitung.

Nr. 15.

Fränumerationspreis: Im Comptoir ganz.  
fl. 11. halbj. R. 5-50. Für die Zustellung ins Haus  
halbj. 20 fr. Mit der Post ganz. fl. 15. halbj. 7-50.

Dienstag, 20. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Anlässe bis zu  
4 Seiten 25 fr., größere vor Seite 6 fr.; bei älteren  
Wiederholungen der Seite 3 fr.

1880.

## Nichtamtlicher Theil.

### Parlamentarisches.

In der am 16. d. M. abends abgehaltenen Sitzung des Clubs der Liberalen sprach Abg. Wolzum zunächst seinen Dank für die neuerlich auf ihn gefallene Wahl zum Obmann aus und brachte sodann den Brief des Clubs der vereinigten Fortschrittspartei bezüglich der Rückberufung der sieben Mitglieder dieses Clubs aus dem Executivcomité der Verfassungspartei zur Verlesung.

Abg. Dr. Weber, auf dessen Brief an die Olmützer Wähler in diesem Schreiben reflectiert wird, nahm sodann das Wort, um die Erklärung abzugeben, dass er bei Abfassung seines Rechtfertigungsschreibens, welches durch die Olmützer "Neue Zeit" publiziert wurde, zunächst seinen Wählern gegenüber seine Abstimmung zu motivieren gedachte. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, bei Darlegung der Gründe seines Votums die Abstimmung der Mitglieder dieses oder eines anderen Clubs einer Kritik zu unterziehen. Nach seiner Ansicht sei daher der in seinem Rechtfertigungsschreiben gebrauchte Ausdruck: "planlose Opposition", den man von Seite des Fortschrittsclubs beansprucht, nicht gegen Abgeordnete gerichtet gewesen. Er bedauere, in seiner Erregung, die durch die damaligen Vorgänge und die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen begründet erscheine, jenen Ausdruck gebraucht zu haben; denn wie er nun bei ruhigerer Erwägung erkenne, sei die citierte Stelle jenes Briefes in der That so gefasst, dass ihr auch eine andere als die von ihm intendierte Deutung gegeben werden könne, wenn es auch gewiss nicht in seiner Absicht gelegen sei, diese Deutung möglich erscheinen zu lassen.

Nach dieser Erklärung des Abg. Dr. Weber entspann sich eine lange, ziemlich bewegte Debatte, in welcher es jedoch gelang, die anfangs stark erregten Gemüther zu calmieren. Es wurde einerseits eine energische Zurückweisung der Befürchtung des Fortschrittsclubs verlangt und dabei hervorgehoben, dass ja die Wehrfrage von Anfang an nicht als eine reine Verfassungsfrage aufgefasst worden sei. Überdies gebe ja das Schreiben des Fortschrittsclubs selbst zu, dass bezüglich der dritten Abstimmung ein gemeinsames Vorgehen nicht beschlossen wurde. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass es nicht angehe, durch eine von Club zu Club geführte Polemik die herrschende Missstimmung zu verschärfen. Es wäre sonst die Gefahr vorhanden, eine vollständige Spaltung in der Verfassungspartei herauszubeschwören, die zu vermeiden man gerade jetzt, wo die eigentlichen Verfassungsfragen zur Beratung gelangen werden, allen Grund habe. Der Fortschrittsclub erkenne selbst in seinem Schreiben die Möglichkeit, auch fernerhin in Verfassungsfragen

einig vorzugehen, und dieses Zusammengehen der Fraktionen der Verfassungspartei sei zu wichtig, als dass man es durch eine sich etwa entpinnende Polemik beeinträchtigen sollte.

Die Abgeordneten Blener, Czetzik und Schärmich hatten im Laufe der Debatte Anträge vorgelegt, welche sich auf die Form des an den Fortschrittsclub zu richtenden Antwortschreibens bezogen. Die Versammlung, in welcher ungefähr 50 Mitglieder anwesend waren, beschloss, noch kein definitives Votum abzugeben, und beauftragte das Bureau des Clubs, im Vereine mit den drei genannten Abgeordneten in der nächsten Sitzung einen Entwurf des Antwortschreibens an den Fortschritts-Club vorzulegen, über welchen der Club endgültig entscheiden wird.

Die im Abgeordnetenhaus eingeführte Regierungsvorlage, betreffend die Dotation der katholischen Seelsorge-Geistlichkeit aus dem Religionsfonds, lautet:

§ 1. Selbständigen katholischen Seelsorgern und den systemisierten katholischen derselben wird das standesmäßige Minimal-Einkommen (die Congrua) insofern aus dem Religionsfonds ergänzt, als es durch die mit dem geistlichen Amt verbundenen Bezüge nicht bedeckt ist. Den mit dem geistlichen Amt verbundenen Bezügen wird gleichgehalten: 1.) Dasjenige Einkommen, das der Geistliche in geistlich zulässiger Weise (§ 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. VI. Nr. 50) aus den Überschüssen des Pfarrkirchenvermögens erhält; 2.) das Einkommen, das er aus kirchlichen Dotations- und Unterstützungsfonds bezieht.

§ 2. Das standesmäßige Minimal-Einkommen wird unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse im Verordnungswege festgesetzt. Für diese Festsetzung bleiben die in den Finanzgejehren bewilligten Credite maßgebend.

§ 3. Der im einzelnen Falle zur Ergänzung der Amtseinkünfte (§ 1) erforderliche Betrag wird auf Grund eines zur behördlichen Prüfung vorzulegenden Einbekennnisses der mit dem geistlichen Amt verbundenen Einnahmen und Ausgaben ermittelt. Die Grundsätze, nach denen hiebei Einnahmen und Ausgaben einzubekennen sind, sowie die auf verspätete und unrichtige Einbekennnisse gesetzten Folgen und Strafen werden im Verordnungswege bestimmt.

§ 4. Auf Seelsorge-Stationen, welche einer regulären Communität einverlebt sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung. Daselbe gilt von den einer weltgeistlichen Körperschaft einverlebten Seelsorge-Stationen, so lange die Körperschaft hinreichende Mittel besitzt, um für das standesmäßige Minimal-Einkommen der mit der Seelsorge betrauten Geistlichen aus Eigenem zu sorgen.

§ 5. Wird der Bestand einer Seelsorge-Station als nicht nothwendig erkannt, so ist die Dotation oder

Unterstützung aus dem Religionsfonds sofort einzustellen. Daselbe hat zu geschehen, sobald nachgewiesen ist, dass die Congrua eines Seelsorge-Geistlichen durch Zuflüsse aus verfügbaren Mitteln des Pfarrkirchenvermögens (§ 1) gedeckt werden kann. In beiden Fällen steht die Entscheidung nach Einvernehmung des Diözesanbischofs dem Cultusminister zu.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1881 in Kraft. Mit dem Vollzuge desselben sind der Minister für Cultus und Unterricht und der Finanzminister beauftragt." —

Dem Motivenberichte ist ein provisorischer Congrua-Regulierungssplan beigegeben, der unter anderem für die drei Provinzen Krain, Steiermark und Kärnten folgende Minimal-Einkommen festsetzt: I. In der Landeshauptstadt: für selbständige Seelsorger 1000 fl., für Hilfspriester 400 fl.; II. in Städten und Märkten über 2000 Einwohner und in Kurorten 700 fl., beziehungsweise 350 fl.; III. in allen anderen Orten 500 fl., beziehungsweise 300 fl.

## Bur Eisenbahnpolitik.

Inbetrifft der Couponsfrage der Prioritäten der "Mährischen Grenzbahn" finden wir im "Freimärktenblatt" nachstehende auslärende Aussführungen: Die Regierung hat dem Verwaltungsrath der mährischen Grenzbahn notifiziert, dass sie nicht in der Lage sei, für einen Staatszuschuss zur Verzinsung der Prioritäten bei dem Reichsrath einzutreten. Diese Entscheidung hat in gewissen Kreisen Angst erregt. Und doch sind dieselben Kreise in Verlegenheit, Gründe dafür anzuführen, dass die Regierung einem Buschus über die auf eine bestimmte Biffer fixierte Binsengarantie bewilligen sollte. Bekanntlich hat es der vorige Handelsminister über sich gebracht, dem Reichsrath eine Garantie-Erhöhung von 336,000 auf 410,000 Gulden vorzuschlagen, um hiedurch die 4prozentige Verzinsung der Prioritäten zu ermöglichen, während der kleinere Betrag nur zu einer 4prozentigen Verzinsung hinreichen würde. Allein der Reichsrath hat diese Erhöhung rundweg abgelehnt und selbe bloß für das Jahr 1879, und zwar erst nach lebhaftem Widerstreben gestattet, in der Erwartung, dass entweder der Verwaltungsrath Mittel zur Sanierung finden oder die Prioritätenbesitzer Zeit gewinnen könnten, sich in ihre Lage zu fügen. Dies letztere ist gewissermaßen auch geschehen, denn in der That notieren die Prioritäten der mährischen Grenzbahn um etwa 20 Prozent niedriger als andere Obligationen von etwa gleichem Range. Der Verwaltungsrath aber, derselbe Verwaltungsrath, der in schwer zu rechtfertigender Weise seine Zeit um 1 Million Prioritäten zu viel ausgegeben hat, um die unproductive Linie Böpau-Hohenstadt weit über ihren Wert zu erwerben, hat darauf ge-

## Feuilleton.

### Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der "Alega").

(Fortsetzung.)

Sogleich, nachdem Clifford in seiner Wohnung angelangt war, schrieb er eiligt an Lady Romondale und begab sich dann nach dem Hauptpostgebäude, um seinen Brief dort aufzugeben, damit derselbe am nächsten Morgen in dem Besitz der Lady sein würde.

Lord Romondale nahm nebst seiner Gemahlin das Frühstück ein, als der Haushofmeister eintrat und die Postbrieftasche brachte. Der Lord öffnete die ihm gereichte Brieftasche und leerte sie.

Mit erwartungsvollem Blick trat seine Gemahlin zu ihm hin. Er legte die Briefe, die größtentheils von politischen Freunden kamen, zur Seite und sagte jetzt:

"Hier sind auch Briefe für dich, Alice. Dieses Schreiben scheint von einer Modistin zu kommen, die wahrscheinlich um deine Kundschaft bittet, das andere enthält unfehlbar ein Bitigefuch, und hier endlich ist ein Brief von männlicher Hand, mit dem Poststempel "London". Von wem mag dieser Brief abgesandt sein, da du, so viel ich weiß, keine Bekannte in England hast?"

Er legte die Briefe auf einen silbernen Teller und der Diener überreichte sie der Lady.

Sie öffnete die beiden ersten Briefe und überflog sie flüchtig, während sie den dritten ungelesen in die Tasche gleiten ließ. Während der Lord sich in seine Correspondenz vertiefe, verließ Lady Romondale das Morgenzimmer und begab sich nach der Bibliothek.

Hier angekommen, ließ sie sich auf einem Schaukelstuhl nieder und öffnete den Brief, der, wie sie vermutet hatte, von Clifford abgesandt war. Das Schreiben lautete:

"Mylady! Ich habe die junge Dame, von der Sie mir kürzlich erzählten, gesprochen. Sie werden sie Sonnabend mittags um ein Uhr in der auf beiliegender Karte verzeichneten Wohnung antreffen. Ich sagte ihr, dass Sie als Erzieherin und unter dem Namen Miss Anna Dunley in London lebten. Diese kleine Läufschung scheint mir unter den waltenden Umständen geboten. Sie werden von ihr mit sehnlichstvoller Geduld erwartet."

Lady Romondales Augen waren noch auf diese wenigen Zeilen gerichtet, als plötzlich und unerwartet ihr Gemahl eintrat. Sie gieng erschrockt auf den Kamin zu und warf den Brief ins Feuer. Doch die verrätherischen Flammen verzehrten ihn nicht schnell genug, denn eben als der Lord sich dem Kamin näherte, konnte er noch deutlich die Unterschrift "Martin Clifford" erkennen.

Er zuckte überrascht zusammen und sah seine Gemahlin forschend an. Sie stützte die Hand auf die Lehne eines Sessels und wandte ihr Antlitz ab.

"Wolltest du mir vielleicht etwas aus deinen Briefen mittheilen, Alice?" unterbrach der Lord nach kurzer Pause das bedrückende Schweigen.

Die Lady antwortete nicht.

"Ich las soeben eine Unterschrift," fuhr ihr Gemahl nach abermaliger Pause fort, "die mich überraschte. Was kann Clifford meiner Frau in einem Briefe mittheilen haben, dass sie sich gegwungen sah, denselben bei meinem Eintritt zu vernichten?"

Ein neues Schweigen folgte auf diese Worte.

"Ich will nicht annehmen," begann der Lord dann wieder mit leiser, grollender Stimme, "dass Mr. Clifford es wagen sollte, dir etwas zu schreiben, was dein Mann nicht lesen dürfte?"

"Der Brief erhielt nur Mittheilungen, die jedermann lesen durfte," antwortete endlich, ohne aufzublicken, die Lady.

"Diese Worte klingen seltsam in dem Munde einer Frau ihrem Gatten gegenüber. Du lebst heimlich immer im Auslande, Alice, und bist noch unbekannt mit den englischen Sitten. Es wäre möglich, dass man deine große Schönheit nicht nur bewunderte, sondern auch von dieser Bewunderung zu dir zu sprechen wagte —"

"Du irrst dich, Albert," unterbrach die Lady ihren Gemahl. "Aber ich verspreche dir, dass kein Mann ungestraft vergessen soll, dass ich deine Gattin bin!"

rechnet, dass die Steuerzahler abermals das verfahrene Unternehmen zu sanieren hätten.

Es ist daher vollkommen begreiflich, dass die Regierung ein solches Ansinnen rundweg abgelehnt hat. Bahl doch der Staat alljährlich kolossale Summen an die garantierten Bahnen, ohne damit einen erheblichen Einfluss auf deren Leitung zu gewinnen. Auch ist die Finanzlage des Staates durchaus nicht darnach angethan, um derartige Geschenke zu rechtfertigen. Parteiunterschiede haben gleichfalls nichts mit der Sache zu schaffen; sie ist lediglich eine Geldfrage. Als einiges Motiv für die dem Staatschafe zugemutete Opferwilligkeit weiß man aber nichts anzuführen, als die Intachaltung des Eisenbahncredits. Das ist natürlich ein dehnbarer Begriff. Unseres Erachtens wird der Eisenbahncredit dadurch intact erhalten, dass die Regierung ihre Verpflichtungen bis zum 3. Lüpfelchen erfüllt, nicht aber dadurch, dass sie es übernimmt, beliebige und weder im Rechte noch in der Klugheit begründete Anforderungen zu decken. Und die Regierung leistet bis auf Heller und Pfennig, was die Concessionsurkunde der mährischen Grenzbahn vorschreibt, wenn sie die Subvention von 360,000 fl. bezahlt, nicht mehr und nicht weniger. Dieselben Fehler, wie die mährische Grenzbahn, haben auch verschiedene andere Bahnen gemacht, indem sie zu Lasten einer Staatsgarantie ungarantierte Linien erwarben. Es ist uns nicht erinnerlich, dass der Staat irgend eine der betreffenden Gesellschaften durch Erhöhung der Staatsgarantie in die Lage gezeigt habe, dass Fehlende an der Verzinsung zu ergänzen. Gerade jetzt, wo alle Anzeichen dafür sprechen, dass die Verstaatlichung garantierter Bahnen ernstlich ins Auge gefasst wird, wäre es gewiss nicht wirtschaftlich und vom staatsfinanziellen Standpunkte aus nicht klug, jene Werte, deren Einlösung zu erwarten ist, durch unmotivierte Vergünstigungen in die Höhe zu schrauben.

### Deutschland und Frankreich.

Selten hat noch ein Zeitungsartikel so allgemeines Aufsehen hervorgerufen und eine so große Bedeutung beanspruchen dürfen wie jener, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. d. M. über das Verhältnis der deutschen Politik zu den Vorgängen in Frankreich veröffentlicht. Ton und Haltung des Artikels berechtigen zu dem Schlusse, dass er unmittelbar durch den Reichskanzler selbst veranlasst ward, um allen in der deutschen Presse auftauchenden Gerüchten von seiner Abneigung gegen das jetzige französische Ministerium entgegenzutreten. Die kurze Auseinandersetzung ist ganz in dem entschiedenen und vorurtheilsfreien Geiste gehalten, der Bismarcks auswärtige Politik von jeher kennzeichnete, und nicht ohne Staunen werden die Reactionäre in Frankreich und auswärts, welche den großen deutschen Staatsmann ob seiner Abneigung gegen die parlamentarische Regierungsform so gern zu den ihrigen zählen, diese stramme Abneigung jeder Feindschaft gegen die französische Republik in den Spalten des offiziösen Berliner Blattes lesen. Die „N. Fr. Pr.“ wird mit diesem sensationellen Artikel nachstehende Würdigung:

Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ richtet sich, obwohl er von dem Gedanken ausgeht, dass der deutschen Politik nichts ferner liege, als der Versuch, sich irgendwie in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu mischen, ganz direct gegen die französischen Monarchisten. Sie hatten, weil sich eine Anzahl deutscher Blätter in richtiger Erkenntnis der Dinge freundlich über das Ministerium Freycinet aussprach, die lächerliche

Anschuldigung erhoben, die Republikaner seien im Bunde mit dem Auslande, sie würden durch die deutsche Regierung unterstützt. Darauf erfolgt nun von Berlin die Antwort, und sie ist so deutlich, dass alle Parteien in Frankreich sie verstehen werden. Der Artikel weist die Behauptung, dass die wohlwollenden Stimmen unabhängiger deutscher Blätter über die Wendung der Dinge an der Seine vom Reichskanzleramt aus gegangen, mit Nachdruck zurück, um den französischen Reactionären auch nicht den Schatten eines Grundes für ihre thörichte Anklage zu gönnen; aber er sorgt gleichzeitig dafür, dass diese Erklärung in Frankreich nicht falsch verstanden und etwa gegen die jetzige französische Regierung gedeutet werde. Nachdem der Artikel ausgesprochen, dass Fürst Bismarck jede Parteinaufnahme vermeide, die in Frankreich verbreiten könnte; nachdem er die absässigen deutschen Stimmen über die letzte französische Krise getadelt hat, „weil für die Freundschaft großer und ehrliebender Völker nichts schädlicher ist, als der Glaube, dass die inneren Angelegenheiten des einen von der Regierung des andern beeinflusst würden“, schließt er mit einer Enthüllung, welche die französischen Monarchisten in den Augen des eigenen Volkes an den Pranger stellt.

Die Enthüllung ist allerdings, wie es dem Charakter und Stil eines offiziösen Blattes und den Umständen entspricht, keine vollständige. Man muss sie zwischen den Zeilen lesen; aber wer zu lesen versteht, wird nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ deutet nur die Möglichkeit an, dass in der Zeit, bevor Graf Saint-Baillier zum französischen Botschafter in Berlin ernannt ward, Versuche einzelner französischer Parteien gemacht worden seien, die Unterstützung Deutschlands zu gewinnen, und sie fügt hinzu, diese Versuche könnten nur „in der Richtung des 16. Mai und des Staatsstreites, aber durchaus nicht im Interesse der jetzt mit einander ringenden Parteien stattgefunden haben.“ Mehr wollte und konnte das Blatt nicht sagen; aber wir denken, es ist genug. Ein ernsthaftes, der Regierung nachstehendes Organ macht solche Andeutungen nicht, wenn es nicht Kenntnis von bestimmten Thatsachen hat. Wir dürfen getrost annehmen, dass von Seite der französischen Monarchisten, durch spezielle Unterhändler oder durch Gontaut-Biron selbst, in Berlin Anfragen oder gar bestimmte Anträge gestellt wurden. Der Sippenschaft, die ihren Führer im Herzog von Broglie verehrte, ist das zuzutrauen, und sie hätte, wenn sie die Hilfe des Auslandes für eine Restauration in Anspruch nahm, ganz im Geiste ihrer Ahnen von 1792 gehandelt, die an allen Hößen Europas zum Kriege gegen ihr eigenes Vaterland hielten und die legitimistische Livree der nationalen Fahne vorzogen.

Wenn ihre würdigen Enkel den Plan verfolgten, mit Deutschlands Unterstützung einen Monarchen in Paris einzuziehen zu lassen, so hätten sie ihre politische Unfähigkeit allerdings glänzend bewiesen. Die Julitage von 1830 haben gezeigt, wie Frankreich ein Königthum abschüttelt, das fremde Bajonette zurückgebracht. Auch hätten die Männer des 16. Mai wissen können, wie wenig Bismarck in der auswärtigen Politik von Liebhabereien und Gefühlen geleitet wird, und wie klar er sich darüber sein müsste, dass ein von Deutschland auf den französischen Thron gesetzter Monarch in einem Kriege gegen Deutschland das einzige Mittel sehe würde, sich in den Augen des französischen Volkes zu rehabilitieren. Haben die unverbesserten Königsmacher wirklich in Berlin um Beistand geworben, dann dürfte ihnen eine Abweisung zutheil geworden sein, die ihnen jede Lust zu neuen Versuchen verommen hat.

Lord Romondale stützte seinen Arm auf den niedrigen Sims des geschmiedeten Kamins und blickte nachdenklich in die verlöschende Glut. Was sollte er von all' den Vorgängen denken? Es war ein Schatten zwischen ihm und seine Gemahlin getreten. Er erkannte plötzlich, dass sie ein Geheimnis besaß, welches sie ängstlich vor ihm verbar, und diese Gewissheit brachte ihm auch zugleich die Überzeugung, dass sie nicht offen vor ihm zeige, was in ihrem Innern vorging. Ein Zug der Bitterkeit flog über sein Antlitz und seine Stimme zitterte, als er nach kurzer Pause erwiderte:

„Ich wollte, dass wir nicht nach England zurückgelebt wären. Im Auslande lebtest du ausschließlich für mich, hier jedoch scheint dir meine Gegenwart eher überflüssig, als lieb zu sein. Du hörst es oft nicht, wenn ich dich anrede, oder du schredest aus deiner Träumerei auf, in welcher du meiner ganz verpasst. Es ist, als wenn dich ein geheimer Schmerz bedrückt. Du sagtest mir, dass du deinen ersten Mann nicht geliebt hast, mithin kann dich sein Verlust nicht noch jetzt mit so tiefer Trauer erfüllen. O, sage mir, Alice was dich so oft schmerzlich bewegt?“

Die Lady vermochte nicht zu antworten; die Worte ihres Gatten überraschten sie.

„Du kennst meine Ansicht, dass zwischen Mann und Frau Offenheit walten muss,“ fuhr der Lord fort, „und deshalb sehe ich mich veranlasst, dich zu fragen, ob auch du es nicht seltsam fandest, dass

Mr. Clifford sich erkührte, dir am ersten Abend seines Hierseins im Gewächshause die Hand zu küssen.“

Die Lady sah mit einem verzweiflungsvollen Ausdruck in ihren Augen zu ihm auf.

„Albert,“ sprach sie vorwurfsvoll und mit erstickter Stimme, „du vertraust mir nicht mehr! Ich fürchte, dass unsere Heirat ein Fehlthum war.“

„Ein Fehlthum? Du bereust, mich gewählt zu haben, Alice?“

„Ja, um deinetwillen,“ erwiderte die Gefragte schmerzlich. „Es wäre besser, wenn wir einander fremd geblieben wären.“

„So liebst du mich nicht mehr?“ rief der Lord aus, indem diese Blässe sein Antlitz überzog.

„Ich liebe dich unverbrüchlich und treu wie immer, Albert, aber du missstraust mir, und ich bin nicht im Stande, dir diese Zweifel zu nehmen!“

„So soll uns dieses Geheimnis auch ferner trennen?“

Ihr Schweigen war ihm eine bedeutungsvolle Antwort. Es musste ein furchtbare Geheimnis sein, welches sie so ängstlich vor ihm bewahrte, und diese Gewissheit erfüllte sein Herz mit tiefem Weh. Aber ein Blick auf die wie vernichtet in ihrem Sessel lehnende Gestalt seiner Frau ließ ihn nicht weiter in sie dringen; ein schwerer Seufzer entrang sich seiner gesollerten Brust, dann entfernte er sich mit raschen Schritten aus dem Gemach, Alice den bittersten Qualen der Verzweiflung überlassend.

(Fortschung folgt.)

Das verstand sich von selbst bei Bismarcks aufrichtigen Wünche, den Frieden und die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu erhalten, bei seiner unbedingten, oft schon ausgesprochenen Abneigung, in innere französische Zwistigkeiten einzutreten. Allein dass im gegenwärtigen Augenblick von Berlin aus daran erinnert wird, man hätte dort den französischen Monarchisten den Rücken gedreht, das ist von großer politischer Bedeutung. Wir haben hier ein förmliches Programm der deutschen Politik gegen Frankreich, ein offenes und loyales Programm, das sich in folgende Sätze zusammenfassen lässt: „Wir werden, was immer in Frankreich geschehe, unsere friedliche und freundliche Haltung nicht ändern, und jedes Ministerium, mag es noch so radikale Mitglieder haben, wird uns angenehm sein, wenn es eine friedliche Politik beobachtet. Wir wollen die Fortdauer der Republik in Frankreich, und darum haben Unternehmungen wider die gesetzliche Staatsform von unserer Seite auf keine Förderung zu rechnen.“

„Wenn irgend etwas die Herzen der Franzosen zu Gunsten Deutschlands umstimmen kann, wenn es überhaupt möglich ist, die Erinnerung an 1870 aus der Seele des gallischen Volkes zu tilgen, so werden diese Erklärungen aus Berlin mächtig dazu beitragen. Fürst Bismarck begnügt sich nicht damit, sich vollständig auf die Seite der Republik in Frankreich zu stellen, er spielt den Republikanern auch eine furchtbare Waffe gegen ihre politischen Widersacher in die Hand. Diese Stimmlaute der deutschen Regierungseile ist eine mächtigere Friedensbürgschaft, als alle Congr. se und diplomatischen Actenstücke, sie gibt uns eine sichere Gewähr dafür, dass kein Ministerwechsel in Frankreich das deutsche Schwert in der Scheide lockert, so lange nicht aus inneren französischen Wirren das Medusenhaupt des Nachkrieges emporsteigt.“

„Dass man in Berlin so ruhig gegen Westen blickt, das verdankt Deutschland theilweise dem Bunde mit Österreich. Wäre die Freundschaft unserer Monarchie zweifelhaft, hätte Bismarck nicht im vergangenen Heilste ein festes Band zwischen beiden Kaiserstaaten gewoben — seine Draane würden heute nicht so sprechen können. Es trifft sich gut, dass an demselben Tage, an welchem der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ erschien, unser Minister des Auswärtigen im Budgetausschusse der Reichsrathsdelegation das innige Einvernehmen Österreichs und Deutschlands neuerdings bestätigte. „Dieses Einvernehmen,“ sagte Freiherr von Hammerle, „ist ein Werk des Friedens. Es bedroht niemanden . . . es wurzelt in der Gemeinsamkeit der Interessen, in der gleichen politischen Auffassung, in der Freundschaft der Souveräne und den Sympathien der Bevölkerung. Es hat an sich solche Festigkeit und Dauer, als irgend eine Form geschriebener Worte ihm verleihen könnte.“ Diese Erklärung ist ganz geeignet, den Eindruck des Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Frankreich zu erhöhen. Deutschland, dem die österreichische Freundschaft den Rücken deckt, braucht keine Besorgnisse von irgend einer Macht zu haben, und wenn es trotzdem der französischen Republik so wohlwollend begegnet, so zeigt es dadurch den festen, von Krieger vorzubeugen und den alten tausendjährigen Reichsschild schirmend über den friedlichen Fortschritt der europäischen Völker zu halten.“

### Die Declaration des französischen Ministeriums.

Die am 16. d. M. in beiden französischen Kammer verlesene Declaration des Cabinets Freycinet zeugt von dem festen Entschluss des Premiers und seiner Genossen, die vorhandenen großen Schwierigkeiten unter Mitwirkung der Kammern und der Wähler im Geiste der Freiheit und der Gerechtigkeit zu lösen. Der Wahlspruch: „Ruhe und Frieden!“ muss innerhalb Frankreichs bei allen denen, die den wärmsten Willens sind, den wärmsten Anklang und die beständige Unterstützung finden. Die einzelnen Fragen, die einer unmittelbaren Lösung bedürftig sind, werden in der Declaration aufgezählt. Sie sind zum Theile schon vorher in ziemlich bestimmter Form angedeutet worden. Hervorzuheben ist, dass das Ferry'sche Unterichtsgesetz, mit Zubegriff des bekannten Artikels 7, von dem Cabinet dem Senate gegenüber aufrechterhalten wird, und dies erklärt auch den Umstand, dass die Declaration von der Kammer noch viel günstiger aufgenommen wurde, als vom Senate. Die allgemeine Amnestie wurde mit keinem Worte erwähnt, woraus deutlich hervorgeht, dass das Ministerium sich entschieden ablehnend gegen einen darauf abzielenden eventuellen Antrag verhalten wird. Die Reorganisation des Richterstandes soll erfolgen; derselbe soll geachtet und unabhängig bleiben und die republikanischen Institutionen achten.“ — Der Wortlaut der Declaration ist folgender:

„Der Cabinetswechsel, welcher mit Ihrer neuen Session zusammenfällt, bedeutet nicht ein Aufgeben der klugen und maßvollen Politik nach innen wie nach außen, welche der Lage Frankreichs entspricht; er bedeutet auch keine Veränderung in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der republikanischen Majorität, deren Einigkeit und aufrichtige Ueberein-

stimmung mehr als je für das Wohl des Landes sprüchlich sind. Er bedeutet bloß, dass Frankreich, Dank dem errungenen Boden und der erprobten Solidität unserer Institutionen, nunmehr entschieden auf dem Wege der nothwendigen Reformen und der successiven Verbesserungen forschreiten kann. Wir werden uns bestreben, dieselben ohne Ueberstürzung und ohne Schwäche zu verwirklichen, und wir rechnen dabei auf Ihre beharrliche Mitwirkung und Ihre energische Unterstüzung. Wir sehen vor uns eine gewisse Zahl von Fragen, welche die Ereignisse gestellt haben und die ohne Nachteil nicht in Schweben belassen werden könnten. Wir werden jede derselben einer Lösung zu führen. Wir werden vom Senate verlangen, die Gesetzentwürfe über den öffentlichen Unterricht zu votieren, welche die Deputiertenkammer bereits angenommen hat. Und wir werden dieselben, in Gemäßheit der Bestrebungen des Landes, durch einen Gesetzentwurf über den Elementarunterricht vervollständigen. Die Reform des Administrationspersonales ist in die Hände der Regierung gegeben; unsere Sache wird es sein, Ihnen Bekanntnissen ein Ziel zu setzen durch eine gute Auswahl der höheren Beamten und durch eine anhaltende, feste und wachsame Thätigkeit in allen Abstufungen der Hierarchie. Der Richterstand wird reorganisiert werden müssen; wir wollen mit Ihnen, dass derselbe stark, geachtet und unabhängig sei und unsere Institutionen achte.

"Unsere Vorgänger haben einen Gesetzentwurf über das Vereinsrecht vorgelegt. Wir nehmen die in demselben getroffenen Bestimmungen an. Ein Pressgeetz-Entwurf wird Ihnen unverweilt unterbreitet werden; derselbe wird von den weitesten Ideen der Freiheit getragen sein, aber er wird nicht die Immunität proklamieren. Es scheint uns in der That nicht klug, ein Privilegium zu Gunsten der Schriftsteller zu schaffen, noch auch die Republik entwaffnet den Angriffen und Beleidigungen auszuliefern, die bisher keine Regierung gebuldet hat.

"Dies sind die Fragen, deren Lösung wir im Laufe der Legislaturperiode für möglich und nothwendig halten. Denjenigen gegenüber, die in ihrem edlen Eifer versucht wären, diese Aufgabe als ungenügend zu finden, werden wir erinnern, dass diese Aufgabe nicht die einzige ist. Interessen anderer Art fordern nicht minder gebieterisch ihre Aufmerksamkeit. Das Land ist in der Ausführung eines ausgedehnten Programms für öffentliche Arbeiten begriffen; es wird der Republik zur Ehre gereichen, dieselben zu einem guten Ende zu führen. Die Regierung für ihren Theil wird sich denselben mit Ausdauer widmen.

"Sie werden weiters das Zollregime Frankreichs zu regeln haben und wir sind bereit, dasselbe mit Ihnen zu berathen. Bei dieser Berathung werden wir auf einem, dem gegenwärtigen Zustande nahegelegenen Boden verbleiben. Wichtige militärische Gesetze sind noch zu beschließen, wir werden von Ihnen verlangen, deren Berathung zu beschleunigen. Das Budget wird gleichfalls Ihr Studium in Anspruch nehmen. Dank den beständigen Mehrerträgnissen der Steuern, werden wir Ihnen erhebliche Steuerherabsetzungen beantragen können; wir werden dabei die nothwendige Beförderung der großen öffentlichen Arbeiten streng beibehalten. An Ihnen wird es gelegen sein, an Ihrer Methode, Ihrer Entscheidung, an dem Geiste, in dem Sie Ihre Beschlüsse fassen werden, die Vollendung des Werkes zu sichern, das Ihnen obliegt, und das in würdiger Weise die gegenwärtige Legislatur krönt. Was uns betrifft, die treuen Vollstrecker Ihrer Beschlüsse, so werden wir uns bemühen, die Geße mit Mäßigung und Unparteilichkeit und in einem stets liberalen Geiste anzuwenden. Unsere Fürsorge wird darauf gerichtet sein, der Nation zwei große Wohlthaten zu verschaffen, die ihr unerlässlich sind: die Ruhe und den Frieden. Ohne aufzuhören fest zu sein, werden wir versöhnlich sein, weil wir nicht ausschliessen, sondern zurückbringen und eine Republik begründen wollen, welcher alle guten Franzosen nach und nach beitreten können. Sie werden uns, meine Herren, in diesem edlen Streben unterstützen. Sie werden darauf hoffen, Ihr legislatives Werk in einer Weise zu vervollständigen, dass Sie, am Schlusse angelangt, nachdem Sie einerseits die Fragen, welche wir aufgezählt, gelöst und anderseits Veruhigung in die Gefagen — und das allgemeine Stammrecht wird es wiederholen — dass die Zeit gut angewendet worden und dass Sie sich ums Vaterland wohl verdient gemacht."

## Tagesneuigkeiten.

— (Personalnachrichten.) Die Fürstin Marie Lichtenstein in Wien feierte diejertage ihr achtzigstes Geburtstagsfest. Die greise Dame wurde durch einen Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin ausgezeichnet, welche im Palais Lichtenstein in der Herrengasse erschien, der Fürstin ihren herzlichsten Glückwunsch ausprach und ihr ein großes Bouquet überreichte. — Die "Concordia" und der Wiener Zweigverein der Deutschen Schillerstiftung veranstalteten gemeinsam mit dem Verein der Literaturfreunde, dem Goetheverein, den wissenschaftlichen Club und anderen Corporationen eine Feier zu Ehren des Dichters Ludwig August v. Frankl, dessen siebzigster

Geburtstag auf den 3. Februar d. J. fällt. — Regierungsrath Dr. Alois Schembera, Redakteur des Reichsgesetzesblattes im Ministerium des Innern, feierte vor gestern den vierzigsten Gedenktag seiner Vermählung. Der Jubilant verzeichnet zugleich das fünfzigste Jahr seines öffentlichen Dienstes, gehört also zu den ältesten aktiven Beamten der Monarchie.

— (Julius Rosen.) Der bekannte Theater-Schriftsteller Julius Rosen, dessen eigentlicher Name Dussel ist, hat bei der betreffenden Behörde angesucht, seinen Schriftstellernamen "Rosen" als Familiennamen beizubehalten und denselben auch auf seine Nachkommen-schaft übertragen zu dürfen.

— (Für Juristen.) Vor kurzem erloss einer Mittheilung der "Presse" zufolge eine oberste Entscheidung, welche für jene Juristen, die sich der Rechtspraxis widmen wollen, von einem Interesse sein wird. Als nämlich unlängst ein Rechtsprakticant consequent zu spät ins Bureau kam, machte ihn der betreffende Landesgerichtsrath aufmerksam, dass die Amtsstunden von 9 bis 2 Uhr seien und dass er diese eingehalten habe. Darauf replizierte der Rechtsprakticant mit einer Fingigkeit, welche ihm, als künftigem Advocate, alle Ehre macht, dass diese Verpflichtung nur für definitiv angestellte Beamte gelte, was doch die Rechtsprakticanten eben nicht seien. Als er nun auf dieser Ansicht tropf allen Widerspruch des Rathes bestand, gieng letzterer zum Gerichtspräsidenten, um demselben den Fall vorzutragen.

Der Rechtsprakticant wurde vorgerufen, wiederholte hier seine Ansicht, indem er sie zugleich begründete. Er sei weder besoldet noch definitiv angestellt, er müsse daher zunächst für seine Existenz und Zukunft sorgen; zu diesem Zwecke müsse er in der Früh studieren, um seine Klugrosen ablegen zu können, dann gehe er ins Bureau und nachmittags gehe er einem Gewerbe nach. Dem Gerichtspräsidenten schien diese Einwände triftig und zugleich wichtig genug, um hierüber bei der obersten Stelle anzusagen, welche nun, wie die "Alma mater" mittheilt, dorthin entschied, dass ein Rechtsprakticant als nicht definitiv angestellter Beamter nicht zur strengen Einhaltung der Amtsstunden verpflichtet sei, wohl aber habe er seinem Vorgesetzten in jeder Beziehung Gehorsam zu leisten.

— (Pferde-Ausstellung in Wien.) Die sechste Section der Landwirtschafts-Gesellschaft veranstaltet im Mai dieses Jahres in Wien in der Weltausstellungs-Hütte abermals eine Pferde-Ausstellung. In Verbindung mit dieser Ausstellung werden hippische Feste (Carroncels &c.) und eine Lotterie nach dem Muster der in Deutschland so beliebten Pferdelotterien gebracht werden.

— (Das Pennyportosystem.) Um 10. d. waren es vierzig Jahre, dass das Pennyportosystem in England eingeführt wurde, und heute hat man sich an dasselbe so gewöhnt, als wäre es nie anders gewesen. Vor 40 Jahren kostete ein Brief von London nach Edinburgh 1-25 M. und durfte nur auf einem Bogen Papier geschrieben sein. Es wurden damals mehrere Briefe auf einen Bogen Papier geschrieben, die dann der Empfänger vertheilte, und nebenbei natürlich wurden viele Briefe geschmuggelt. 1839 wurde das Porto auf 4 Penny herabgesetzt, die Gewichtsscalc und der Francaturzwang eingeführt, woran man sich schon gewöhnt. Heute ist das niedrige Porto Gemeingut aller gebildeten Staaten und eine Reaction auf diesem Gebiete wol kaum zu denken.

## Locales.

### Aus der Handels- und Gewerbezammer für Kran.

(Forts.)

12.) Das Ersuchschreiben an Industrielle und Kaufleute um Mittheilung ihrer Ansicht, betreffend die Rückwirkung des neuen deutschen Zolltarifes auf die Exportinteressen Österreichs;

13.) das Ersuchschreiben an die k. k. Bergbauphantmaschaft in Klagenfurt wegen Bekanntgabe der Mofzengebühren zahlenden Bergbaubesitzer pro 1880 und Verständigung der hierländigen Steuerämter in betreff Einhebung der pro 1880 bewilligten 8prozentigen Umlage;

14.) der Leobner Kammer wurde die Beitragsverklärung zur Bildung eines Actionscomités für die bevoisthenden Zollverhandlungen bekannt gegeben und als Mitglied desselben der Vicepräsident Herr Carl Luckmann namhaft gemacht;

15.) die Petition an das h. k. k. Finanzministerium wegen Ermächtigung des hierortigen k. k. Landeszahlsamtes zur Umwechselung von Silbergulden gegen Noten.

Nachdem der Herr Präsident die Gründe ans- einandergesetzt hat, die ihn zu diesem Einschreiten veranlassten, genehmigte die Kammer sein Vorgehen.

16.) Die Eingabe an die k. k. Landesregierung um Erlassung einer Verordnung, dass alle im Verkehrs befindlichen Gewichte und Wagen vor Ablauf des fünfsten Jahres nicht nachgeacht werden müssen, dass nur gehörig geaichte und gestempelte Wagen und Gewichte vom Erzenger und Handelsmann am Lager gehalten werden dürfen und dass der Erzeuger sowie

der Handelsmann verpflichtet sind, Gewichte und Wagen, die vor fünf oder mehr Jahren geaicht wurden, vor dem Verkaufe nachaichen zu lassen. — Die k. k. Landesregierung theilte hierauf mit, dass sie sich dermalen nicht bestimmt finden kann, von den mit der Verordnung vom 29. September 1879, B. 6578, inbetrifft der Nachaichung erlassenen Bestimmungen abzugehen, worauf eine Eingabe an dieselbe gerichtet wurde, um Verlängerung des für die Nachaichung bestimmten Termines. Infolge dessen hat sich der Herr k. k. Landespräsident bestimmt gefunden, die Termine für die Annahme der Nachaichung dahin zu verlängern, dass alle in der Zeit bis Ende 1876 geaichten Gegenstände bis Ende März 1880 und die im Jahre 1877 geaichten Gegenstände bis Ende April 1880 der Nachaichung zu unterziehen seien.

Nachdem der Herr Präsident die Gründe aus- einandergesetzt, die die zweite Eingabe nothwendig machten, hat die Kammer sein Vorgehen gebilligt.

Zur Kenntnis des Plenums wurden gebracht:

1.) Die Mittheilung der k. k. Telegraphendirection in Triest über die Eröffnung einer postcombinierter Telegraphen-Nebenstation in Oberlaibach;

2.) der Erlass des h. k. k. Handelsministeriums, nach welchem wegen Abschlusses einer Markenschutz-Convention mit Belgien Verhandlungen im Gange sind;

3.) die Mittheilung des h. k. k. Handelsministeriums, dass die Handelsfirma Alfred & Comp. in London Nr. 1 Stephens-Road, Bayswater, nicht existiert, wurde veröffentlicht und auf das unreelle Gebaren dieser fingierten Firma aufmerksam gemacht;

4.) das Mundschriften der Wiener Kammer, betreffend den Export österreichischer Erzeugnisse nach den südafrikanischen Colonien wurde den beteiligten Kreisen zur Kenntnis gebracht;

5.) die Mittheilung der k. k. Landesregierung, dass die mit sogenanntem "Hausbrand" im Verkehrs vor kommenden Fässer als ungeachtet zu betrachten sind;

6.) der Erlass des hohen k. k. Handelsministeriums, laut welchem das Consortium Roiter & Perschitz und J. V. Schmidhauser für die k. k. Bosnabahn ein Expeditionsbüro in Wien mit einer Vertretung in Budapest und mit Filialen in Brod, Bosnisch-Brod, Sietovac, Benica und Serjewo errichtet hat. Die näheren Bestimmungen und Tarife können in der Kanzlei der Kammer erhoben werden.

(Fortsetzung folgt.)

— (Krainische Landwehr.) Nachstehenden Offizieren und Mägten des krainischen Landwehr-Schützenbataillons Laibach Nr. 24 wurde nach vollstreckter Wehrpflicht unter gleichzeitiger Ablegung des Offizierscharakters der erbetene Austritt aus der k. k. Landwehr bewilligt: Oberlieutenant Dr. Josef Sernek, Lieutenant Dr. Bartholomäus Glantschnig, Bataillonsarzt Dr. Franz Boga und Assistenzarzt Johann Tilly.

— (Benefizvorstellung.) Zum Vortheile der Schauspielerin Fr. Minna Bellau wird heute das "Brunnenmädchen von Ems", Lustspiel in 4 Acten von Georg Horn, gegeben. Wir knüpfen an diese Notiz den Wunsch an, dass das Publicum seinen erklärten Liebling bei dieser Gelegenheit nach Gebür auszeichnen möge. Fr. Bellau hat im Laufe ihres Engagements so viele Beweise ihrer hohen Begabung, ihres unermüdlichen Fleisches und ihres immer willigen Eifers geliefert und dabei ihre persönliche Liebenswürdigkeit bei jedem Ablasse so gewinnend zur Geltung gebracht, dass wir die Überzeugung hegen, die Theatersfreunde Laibachs werden der anmutigen Darstellerin so vieler reizenden Rollen ihre Sympathie und Verehrung durch zahlreiche Beileilung an ihrem Festabende beweisen.

— (Gemeindewahl.) Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Großvölland wurden Franz Andovsek zum Gemeindevorsteher, Philipp Andovsek und Franz Pejatetz zu Gemeinderäthen gewählt.

— d. (Theater.) Das am Samstagabende anlässlich des Gastspiels des Herrn Carl v. Bulovics gebrachte Lustspiel "Sport" von Julius Rosen ist bezüglich der technischen Ausführung entschieden das beste uns bekannte Stück des fruchtbaren Bühnenschriftstellers. Rosen hat hier ausnahmsweise die dramatischen Kunstregeleb beobachtet und ein Werk geschaffen, das, abgesehen von einigen Verstößen der Charakterzeichnung, mit Recht klassisch genannt zu werden verdient. Allerdings ist die Exposition zu weitläufig und es kommen auch sonst Szenen vor, welche eine ermüdende Redseligkeit besitzen. Allein die Charakteristik, Entwicklung und Scenierung beruhen auf so natürlicher und interessanter Basis, dass der Erfolg dem Stücke unausbleiblich sein muss. Die Aufführung der Novität war für Laibach vorzüglich und brachte den schönsten Erfolg mit sich, den unsere Bühne seit Jahren zu verzeichnen hat. Alle Darsteller leisteten buchstäblich ihr Bestes und bewirkten so ein musterhaftes Ensemble. Der Gast, Herr v. Bulovics, spielte die Hauptrolle (den passionierten "Oberst Frankenstein") so, wie er tagszuvor den "Banquier von Ringheim" gespielt hatte, d. h. er gab eine Lustspielfigur in vollendetem Weise mit allen geistvollen Nuancen der Mimik. Wir müssten uns nur wiederholen, wenn wir alle eminenten Vorzüge seiner

Darstellung deducieren wollten, jedermann, der eine seiner Leistungen gesehen hat, muss die Überzeugung mit sich genommen haben, dass Herr Vulovic ein Schauspieler ersten Ranges ist. Allein auch die hiesigen Kräfte hielten sich vorzüglich und standen dem Gaeste würdig zur Seite. Die Damen Fr. Heinke (Pelagie), Fr. Andreea Kühn (Baronin Stoltenhof), Fr. Berthal (Frau Mahler) und Fr. Bellau (Marianne), dann Herr Balajthy (Arnold) und Herr Mondheim (Mihos) sowie der Gaest produzierten ein Ensemble, das man sich in unseren Verhältnissen nicht besser vorstellen könnte. Besonders gelungen waren Fr. Andreea und Herr Mondheim. Das Haus war recht gut besucht und befallstüdig gestimmt.

(Faschingsliteratur.) Auch diese Zeit hat ihre eigene Literatur, so komisch dies auch klingen mag; Beweis dessen drei kleine, gierlich ausgestattete Hefte, die soeben aus dem Verlage der Manz'schen Hofbuchhandlung in Wien in neuer vermehrter Auflage hervorgegangen sind, und sämtliche den in Wien bekannten L. f. Akademie-Tanzlehrer und Tanzschulhaber Carl Haraschin zum Verfasser haben. Die "Werke" dieses Meisters der Tanzkunst führen die Titel: "Die Convenienz", "Unsere Gesellschaftsstände" und "Album der Cotillon-Touren". Erstere umfasst die hohe Schule der conventionellen Umgangsformen, speciell im Grunde, nebst einer Würdigung des pädagogischen Wertes eines guten Tanzunterrichtes und schließt mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Quadrille französische. Der Inhalt der beiden übrigen Hefte ist durch ihren Titel genügend gekennzeichnet. Der Karneval, in dem wir uns eben befinden, verleiht den genannten drei Heften unlängst den Charakter des Zeitgemäßen, wir glauben daher auch, dass sie den Novizen der edlen Tanzkunst als Leitfaden in der Erlernung derselben gelegen kommen und insbesondere auch allen jenen, die sich mit dem Arrangement von Ballen beschäftigen, also in erster Linie Vortänzern und Comitatemgliedern, eine Fülle praktischer Rathschläge bieten dürften.

#### Original-Correspondenz.

Krainburg, 18. Jänner. — Dem Vernehmen nach wird der hiesige Stadtverschönerungsverein demnächst seine ordentliche Jahresversammlung abhalten und hiebei auch die im laufenden Jahre mögliche Enthaltung seiner Thätigkeit berathen. Wir sind weit entfernt, uns in die Angelegenheiten dieses, seinen finanziellen Kräften entsprechend wirkenden Vereins einzumengen zu wollen, können aber dennoch nicht umhin, demselben ein Project zur Erwägung zu empfehlen, da sich hiesfür der gegenwärtige Moment besonders eignet. Anlass dazu bieten uns lediglich die schon lebhaft besprochenen, an verschiedenen Plätzen lagernden Schneemassen, bei deren Beobachtung sich uns der Gedanke aufdrängt, wie prächtig an vielen Stellen derselben Kastanienbäume stehen könnten, welche nicht nur der Stadt zur Bieder gereichen, sondern auch wesentlich dazu beitragen würden, Krainburg zu einem angenehmen und von Fremden gerne gesuchten Sommeraufenthalte zu gestalten, was gegenwärtig gerade wegen Mangels an schattigen Plätzen leider nicht der Fall ist. Wir wissen recht wohl, dass dieses Project von einigen unserer Stadtväter als ein unpassendes, wenn nicht undurchführbares bezeichnet werden wird, weil darin möglicherweise eine Einschränkung des Marktverkehrs und der Communication erblidt werden dürfte, müssen aber derartige Bedenken schon mit Hinweis darauf als vollkommen ungegründet bezeichneten, weil einige Ortsgericht zu sehenden Bäume den Marktverkehr und die Communication gewiss weniger beintragen werden, als die ausgedehnten Schneehügel, angesichts deren sich bekanntlich die bedeutendsten Wochenmärkte aufstandslos abwickeln. Wir empfehlen daher unsern Vorschlag dem öblichen Stadtverschönerungsvereine nochmals zur eingehendsten und vorurtheilslosen Erwägung.

#### Neueste Post.

Original-Telegramm der "Laib. Zeitung."

Wien, 19. Jänner. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegation berathen das außerordentliche Erfordernis für Bosnien und Herzegowina. Verschiedene Fragen fällt, Szilaghis, Hegedüs, Wahrmann und Apponyis beantwortend, gibt der Minister des Neuzern, Baron Haymerle, ausführliche Aufklärungen über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Dieselbe habe heute bereits einen ausschließlich civilen Charakter. Die Administration ist im allgemeinen dem türkischen Schema angepasst und aufs sparsamste eingerichtet. Die türkischen Beamten würden womöglich beibehalten, doch bestand der größte Theil aus Nichteingeborenen, welche freiwillig austraten, oder nach Constantinopel zurückberufen wurden. In Justizsachen ist ein doppelter Instanzenzug eingeführt; in Steuersachen war mit einheimischen Elementen schwer ein Auskommen zu finden; aus Sparhafteitsgründen entfällt auf 20 Quadratmeilen nur ein Steuereinnehmer ohne Hilfsbeamte. Der Minister motiviert die Errichtung einer bosnischen Commission als Central-Controlsorgan; das gemeinsame Ministerium fungiert als allerhöchste Instanz, der Reichs-Finanz-

minister führt namens desselben die betreffenden Agenden. Man könnte sagen: veraltet wird im Lande, regiert vom gemeinsamen Ministerium. Haymerle weist die große Wahrscheinlichkeit des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben, namentlich mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse von 1879 nach. Einquartierung und Strafzettelhaltung fallen zu Lasten des Landes. Im ganzen leistete das Land bisher für verschiedene Zwecke 1.090.000 fl., welches Resultat so rasch nicht erwartet wurde. Sollten sich später Überschüsse ergeben, würden letztere zur Erleichterung der Lasten der Monarchie herangezogen; rücksichtlich der bisherigen Kosten müsse man auch im Anschlag bringen, dass die Pacification erreicht wurde, dass es sich um die Interessen der ganzen Orientfrage handelte. Nicht aus Wunsch nach Vergrößerung, sondern zur wirksamsten Vorbeugung größerer Gefahren erfolgte die Occupation. (Lebhafte Zustimmung.)

Sectionschef Kallay gibt über die confessionellen und hierarchischen Verhältnisse Aufschluss. Die Katholiken haben zwei Bischöfe, die Nichtkatholiken drei Metropoliten, unter dem ökumenischen Patriarchen stehend. Den Muhammedanern wird ihrer hierarchischen Verbindung mit Constantinopel keinerlei Hindernis entgegengestellt; die Walusglüter werden durch muhammedanische Cultusgenossenschaften verwaltet.

Der Reichs-Finanzminister Hoffmann weist nach, dass die Frage der Beamtenpensionierung keine praktische Bedeutung habe; für die türkischen Beamten bestand niemals ein Pensionsnormale. Rücksichtlich der Besteuerung sei der Behent die wichtigste Steuer. Rücksichtlich der sogenannten Tretina-Abgabe, deren Willkürlichkeit und Ungleichmäßigkeit den wichtigsten Beschwerdepunkt bildete, traf die Regierung Abhilfe durch fixe schriftliche Abmachungen. Den Beschwerden rücksichtlich des Behentis hat die Regierung gründlich abgeholfen, derart, dass die Lösung der Agrarfrage keine acute ist. Für die Bergsteuer ist durch die erfolgte Volkszählung, die 1 1/2 Millionen Seelen ergab, eine bessere Einhebungsbasis vorhanden. Die Uebelstände rücksichtlich der Einhebung der Kleinsteuer suchte die Regierung möglichst zu bejettigen. Nach dem Resultate einer wissenschaftlichen Enquête birgt das Land überaus reiche Schätze in forstlicher und montanistischer Beziehung, doch fehlt der Regierung jetzt die Mittel zur Ausbeutung. Die Forste stellten sich fast durchgehends als Staatseigentum heraus. Der Minister betont die getroffenen Maßregeln befußt Boll-einigung und Einführung der Monopole und indirekter Abgaben. Der Kriegsminister betont, dass im Vorschlag die Verwaltungsposten nicht enthalten sind,

der Befehl zu den Eisenbahnbetriebskosten sei eine Heeresausgabe. Der Minister gibt Ausklärung über die Bequartierungsfrage, die Kosten der Barackenbauten wurden zu Lasten der Administration gelegt; die Verpflegung ist gut.

Hierauf wurde der Vorschlag im allgemeinen angenommen. Der Präsident dankte den Ministern namens des Ausschusses. Haymerle dankt für die der Regierung ertheilte Anerkennung. Sodann wurde der Vorschlag auch in der Specialdebatte angenommen.

Wien, 19. Jänner. Die Vorlage über die Arlbergbahn soll demnächst vor den Reichsrath gelangen.

Wien, 18. Jänner. Der Redakteur Scharf veröffentlicht in der "Sonntagszeitung" die von Fischhof, Etienne und Rieger gezeichneten Emmerdorfer Punctionen, die ein Nationalitätengesetz gegen die Beinträchtigung der Minoritäten, eine Wahlordnung in den "böhmischen Ländern" nach dem Principe der Gleichberechtigung, das Selfgouvernement der Länder mit Vorbehalt der Möglichkeit eines freiwilligen Eintrittes der Ungarn in eine gemeinsame Vertretung der österreichischen Union festsetzen. Den Böhmen sei die Möglichkeit zu sichern, vor dem Eintritte in den Reichsrath ihren Rechtsstandpunkt zu wahren.

Prag, 18. Jänner. (Frdbl.) Obersthofmeister Graf Bombelles inspicierte während der letzten Tage die Insel Vicroma und ordnete die Herstellung der gesamten Insel zum Erholungsaufenthalte des Kronprinzen für den nächsten Sommer an.

West, 18. Jänner. (Frdbl.) Vollständige Ruhe. Die Polizei überwachte die Ofener Brückenübergänge und die Neupester Linie, Arbeiterzüge verhindern. Auf den äußeren Straßen reitende Patrouillen. Der Zustand Verhovays bessert sich stetig.

Madrid, 18. Jänner. Die parlamentarischen Minoritäten fahren fort, sich der Theilnahme an den Sitzungen zu enthalten.

#### Telegraphischer Wechselscurs

vom 19. Jänner.

Papier-Rente 70.— Silber-Rente 71.15.— Gold-Rente 83.25.— 1860er Staats-Anlehen 132.— Bankaktionen 837.— Creditactien 294.25.— London 117.— Silber — R. f. Münz-Ducaten 554.— 20-Franken-Stücke 9.34.— 100-Reichsmark 57.90.

Wien, 19. Jänner, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlussurteile.) Creditactien 294.50, 1860er Lose 132.— 1864er Lose 172.— österreichische Rente in Papier 70.02, Staatsbahn 271.25, Nordbahn 234.— 20-Frankenstücke 9.34 türkische Lose 175.00, ungarische Creditactien 271.50, Lombardien 642.— österreichische Goldloban 146.50 Lombardien 86.25, Unionbank 109.20, Comunalanleben 121.25 Egyptische —, Goldrente 83.30, ungarische Goldrente 93.65 Tester.

#### Angekommene Fremde.

Am 19. Jänner.

Hotel Stadt Wien, Virler Adele, Gottschee. — Stiasny, Groag, Sanveinburger, Freiheit, Presburger, Kaufleute, und Grab, Neß, Wien. — Halpert, Kfm., Hohenstein. Hotel Elephant, Steinbrecher, L. f. Rittmeijer, Arnoldstein. — Grubl, Hauptmann-Auditor, Pola. — Wohlfahrtstädt, L. f. Oberleut, Vir. — Weiß, Getreidehändler, Dombor. — Brunnwasser, Czernowitz. — Neuwirth, Tschakathurn. — Glawacki, Monteviechio. — Plan, Kfm., Wien. Kaiser von Österreich. Zanelli Josephine, Laibach.

#### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Geobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 45°, reducirt	Zeittemperatur in Graden nach 12 Uhr	Wind	Wetter	Windgeschwindigkeit in Minuten
19. 7 U. Mg.	738.54	— 86	O. schwach	bewölkt		
2 " N.	739.21	— 56	S. B. schwach	heiter		
9 " Ab.	711.92	— 14.8	O. schwach	heiter	0.00	

Morgens bewölkt, tagüber heiter, sternenhelle Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 9.6°, um 7.6° unter dem Normalen.

Berantwortlicher Redakteur: Ottmar Bamberg.

**Vörbericht.** Wien, 19. Jänner. (1 Uhr.) Die Börse schien anfangs ganz günstig disponiert, doch zeigte sich im Verlaufe viel Realisierungslust.

	Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware
<b>Grundentlastungs-Obligationen.</b>											
Böhmen	103	— 104		Ferdinand-Nordbahn	234	— 2345		Carl-Budwig-B.	1. Em.	104.50	105
Niederösterreich	104.75	105.50		Franz-Joseph-Bahn	164.50	165		Deutsch. Nordwest-Bahn	98.70	99	
Galizien	96.25	96.50		Galizische Carl-Ludwig-Bahn	255.50	255.75		Siebenbürg. Bahn	80.50	80.50	
Siebenbürgen	86.25	86.25		Kastau-Oderberger Bahn	124	— 124.50		Staatsbahn 1. Em.	171	— 171	
Temeser Banat	87.50	88.		Lemberg-Czernowitz Bahn	158.50	159		Südbahn 2 3%	119	— 119.25	
Ungarn	88.75	89.25		Lloyd-Gesellschaft	642	— 644		Südbahn 2 5%	105.80	106	
<b>Actionen von Banken.</b>											
Anglo-österr. Bank	144.80	145.		Rudolfs-Bahn	151	— 151.50		Deutsch.			
Creditanstalt	29.80	29.4		Südbahn	270	— 270.50		Auf deutsche Plätze	57.25	57.40	
Depositenbank	223.50	229.		Theiß-Bahn	86	— 86.25		London, kurze Sicht	117	— 117.10	
Creditanstalt, ungar.	271.59	272.		Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	219.50	220		London, lange Sicht	117.20	— 117.30	
Österreichisch-ungarische Bank	837	— 838		Ungarische Nordostbahn	127	— 127.50		Paris	46.45	46.50	
Unionbank	109	— 109.25		Wiener Tramway-Gesellschaft	221	— 221.50					
Berkehrsbank	185	— 185.50		<b>Devisen.</b>							
Wiener Bankverein	154	— 154.25		<b>Geldsorten.</b>							
<b>Actionen von Transport-Unternehmungen.</b>											
Alsföld-Bahn	149	— 149.50		Ducaten	5 fl. 53	fr. 5 fl. 55					
Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	610	— 612.		Napoleonsbör	9	— 83					
Elisabeth-Bahn	187.50	188.		Deutsche Reichs-							
<b>Prioritäts-Obligationen.</b>											
Elisabeth-B. 1. Em.				Noten	57	— 90					
Ferd.-Nordb. in Silber				Silbergulden	57	— 90					
Franz-Joseph-Bahn											
<b>Ungarische Grundentlastungs-Obligationen.</b>											

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 70.— bis 70.10. Silberrente 71.20 bis 71.30. Goldrente 83.30 bis 83.40. Tücher — bis —.

Gold 97.— Ware —. Credit 293.75 bis 294.— Anglo 144.40 bis